

34/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Generalsekretär Volker Rühle:

An einer Änderung des Artikels 16 Grundgesetz führt kein Weg vorbei

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Die CDU setzt sich dafür ein, daß dies auch in Zukunft so bleiben wird. Deutschland kann aber nicht alle Menschen aufnehmen, die bei uns bessere Lebensbedingungen suchen.

Eine Lösung der Asylproblematik ist ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes nicht möglich. Inzwischen haben auch immer mehr SPD-Politiker in den Städten und Kreisen erkannt, daß an einer Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 kein Weg vorbeiführt.

Die notwendige Ergänzung des Grundgesetzes ist ohne eine Mitwirkung der SPD im Deutschen Bundestag nicht möglich. Die SPD-Führung verweigert sich aber einer solchen Grundgesetzänderung, weil sie bestehende und künftige Bündnisse mit den Grünen nicht gefährden will.

Die SPD trägt die Verantwortung dafür, daß das Problem des Mißbrauchs des Asylrechts nicht gelöst werden kann. Es ist eine böswillige Verdrehung von Ursache und Wirkung, wenn die SPD jetzt den Eindruck zu erwecken versucht, die CDU habe die gewalttätigen Aktionen gegen Ausländer provoziert. Die Zahlen belegen eindeutig, daß eine Grundgesetzergänzung eine deutliche Entlastung bringen könnte:

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Asylrecht

Die SPD trägt Verantwortung für den Mißbrauch des Asylrechts. Seite 3

● Lateinamerika

Beeindruckender Erfolg des Bundeskanzlers in Chile und Brasilien. Seite 8

● Bilanz

Die wichtigsten familienpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl von 1982 bis 1992. Seite 23

● Bundesfachausschuß

Hermann-Josef Arentz: Das sozialpolitische Profil der CDU weiter schärfen. Seite 26

● RCDS

Studenten helfen Kroatien. Seite 31

● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

- 1990 wurden 193 000 Asylanträge gestellt.
- Im gleichen Zeitraum wurden vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nur 4,4 Prozent der Bewerber als asylberechtigt anerkannt.

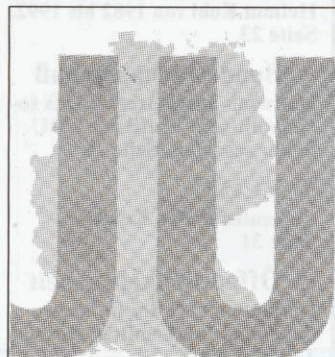
Selbst wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der abgelehnten Bewerber aus anderen rechtlichen Gründen in Deutschland bleibt, so kann doch nicht bestritten werden: Durch einen geänderten Artikel 16 Grundgesetz könnte ein erheblicher Teil der Asylbewerber sofort wieder ausgewiesen werden. Das Problem würde auf diese Weise erheblich entschärft.

Die Bürger haben dies inzwischen verstanden. Sie fragen die SPD, warum sie sich gegen eine vernünftige Lösung sperrt, die im Zuge der europäischen Einigung ohnehin unverzichtbar ist. Die SPD hat darauf keine Antwort. Statt dessen versuchen die Sozialdemokraten durch eine beispiellose und bewußt verzerrende Kampagne, die CDU auf eine

Stufe mit rechtsextremen Gewalttätern zu stellen. Gleichzeitig spielt die SPD Aussiedler und Asylbewerber brutal gegeneinander aus. Jüngstes Beispiel sind die in Baden-Württemberg geschalteten Anzeigen der SPD. Dies ist menschlich im höchstem Maße unanständig und unredlich. Während 1991 die Zahl der Aussiedler, die nach Deutschland kamen, um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, hat die Zahl der Asylbewerber in den ersten neun Monaten dieses Jahres erneut um 18 Prozent zugenommen. Dies verschweigt die SPD bewußt. Sie belügt die Bürger, weil ihr alle Sachargumente ausgegangen sind.

Die Sozialdemokraten lenken mit ihren verleumderischen Unterstellungen von der entscheidenden Frage ab, ob es überhaupt zu diesen ausländerfeindlichen Aktionen gekommen wäre, wenn die SPD rechtzeitig zu einer Ergänzung des Grundgesetzes bereit gewesen wäre. Nicht die CDU, sondern die SPD trägt die Verantwortung für die dramatische Zuspitzung.

Da möchte jemand Mitglied der Jungen Union werden ...



Beitrittserklärungen

... und ich habe keine Beitrittserklärungen dabei. — Dies gehört der Vergangenheit an! Über die Junge Union Deutschlands, Annaberger Straße 282, 5300 Bonn 2, können Sie ab sofort zum Preis von 1,50 DM das nebenstehend abgebildete handliche Heftchen „Beitrittserklärungen“ beziehen.

JUNGE UNION
DIE JUNGEN CHRISTLICHEN DEMOKRATEN

Die SPD trägt Verantwortung für den Mißbrauch des Asylrechts

Seit Jahren verhindert die SPD eine klare rechtsstaatliche Regelung gegen den Mißbrauch unseres Asylrechts. Eine wirksame Lösung des Problems wird nur durch eine Ergänzung des Grundgesetzes zu erreichen sein. Auch die jetzt von der SPD befürwortete Verfahrensbeschleunigung und die Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften wird keine nachhaltige Verbesserung der Situation herbeiführen.

Die SPD befürwortet jetzt Maßnahmen, die sie in der Vergangenheit heftig bekämpft hat. Sie setzt auf eine Politik der kleinen Schritte, weil sie dem Druck ihrer eigenen Basis in den Gemeinden und Kreisen nicht mehr standhalten kann. Noch sperrt sich die SPD gegen eine notwendige Änderung der Verfassung. Sie wird aber einer unumgänglichen Ergänzung des Artikels 16 Grundgesetz zustimmen müssen, wenn sich erweist, daß die jetzt ins Auge gefaßten Zielvorstellungen zur Beschleunigung des Asylverfahrens nicht greifen.

Die SPD wird einer Verfassungsänderung schon im Hinblick auf die notwendige Harmonisierung des Asylrechts in der Europäischen Gemeinschaft letztlich zustimmen müssen. Die Bundesrepublik Deutschland ist derzeit aufgrund ihrer Verfassungslage gehalten, auch dann, wenn ein Asylantrag bereits in einem anderen EG-Staat geprüft und abgelehnt wurde, dem Asylbewerber hier ein weiteres neues Prüfungsverfahren zu eröffnen. Damit unser Land an europäischen Asylrechtsregelungen gleichberechtigt teilnehmen kann, ist eine Änderung des Grundgesetzes unumgänglich.

Die SPD muß sich fragen lassen, warum sie sich jetzt gegen eine Grundgesetzänderung sperrt, die in ein oder zwei Jahren unabweisbar sein wird. Die SPD muß sich fragen lassen, warum sie jetzt wertvolle Zeit zur Problemlösung verstreichen läßt, mit allen negativen Konsequenzen, nicht zuletzt für ein ausländerfreundliches Klima in unserem Land.

Die Weigerung der SPD, dem Vorschlag von Bundesinnenminister Schäuble für eine Grundgesetzänderung zuzustimmen, ist völlig unverständlich, zumal

- **das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte durch diesen Vorschlag nicht angetastet wird und**
- **auch viele Kommunalpolitiker der SPD die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung längst erkannt haben.**

Die SPD behauptet zwar, es ginge ihr um die Sache. In Wirklichkeit aber ist ihre Verweigerungshaltung von rot-grünen koalitionsaktischen Erwägungen diktiert. Die SPD blockierte eine wirksame Lösung des drängenden Asylproblems und nimmt dadurch wachsende Fremdenfeindlichkeit in Kauf, weil sie sich aus Machtkalkül zu klaren und wirkungsvollen Entscheidungen nicht entschließen kann. Die SPD ist handlungsunfähig, und Engholm läßt seine Partei auch in dieser Frage führungslos.

Von ihrer Politikunfähigkeit versucht die SPD dadurch abzulenken, daß sie alle diejenigen, die für eine Grundgesetzänderung eintreten, in die rechtsradikale Ecke zu drängen versucht. Das Eintreten für eine vernünftige Regelung des Asylrechts hat aber mit Rechtsradikalismus überhaupt nichts zu tun; ebensowenig können

die Deutschen als ausländerfeindlich diffamiert werden. Die IPOS-Umfrage vom Sommer 1991 belegt, daß im Westen 70 Prozent und im Osten sogar 79 Prozent das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte bejahen. Die SPD aber nicht bereit ist, den Mißbrauch des Asylrechts wirksam zu verhindern, trägt sie Mitverantwortung, wenn die hohe Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung schwindet oder gar in Ausländerfeindlichkeit umschlägt.

Die SPD fordert zwar, mit diesem Thema dürfe kein Wahlkampf gemacht werden; sie tut aber das genaue Gegenteil. Sie hat es in Bremen getan, wo Bürgermeister Wedemeier durch sein grundgesetzwidriges Verhalten das Thema in den Mittelpunkt des Wahlkampfes rückte. Sie versucht es jetzt wieder in Baden-Württemberg, wo sie ihre Verweigerungshaltung mit unseriösen Zahlenspielen zu begründen sucht. Im übrigen muß auch daran erinnert werden, wie Lafontaine im Saarland-Wahlkampf Stimmung gegen Aus- und Übersiedler machte. Auch Schröder hat im Niedersachsen-Wahlkampf in übler Weise gegen die deutschen Aus- und Übersiedler gehetzt. Wer sich so verhalten hat, ist ungläubwürdig, wenn er sich jetzt in der Frage der Asylbewerber besonders „human“ gibt.

Auch SPD-Politiker für Grundgesetzänderung

SPD-Politiker in den Kommunen und Kreisen haben längst erkannt, daß ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes eine wirksame Lösung des Problems unmöglich ist. Der SPD-Bürgermeister von Pforzheim, Becker, sprach sich dafür aus, das Grundgesetz so zu ändern, daß Wirtschaftsflüchtlinge bereits an der Grenze abgewiesen werden können: „Ägypter, Äthiopier, Afghanen, Albaner, Bulgaren,

Polen, Jugoslawen, Türken und Rumänen: das sind doch alles keine politisch Verfolgten, und jeder weiß das!“ (Die Welt, 7. August 1991). Der SPD-Innensenator von Hamburg, Hackmann, forderte, daß „über den Artikel 16 nicht eine ungesteuerte Einwanderung erfolgt“ (FAZ, 10. August 1991). Im niedersächsischen Kommunalwahlkampf schaltete der SPD-Abgeordnete Börnsen eine Anzeige, in der er formulierte: „Die Flut von unechten Asylanten... überfordert uns im Landkreis Osterholz. Wir fordern deshalb: Änderung des Artikels 16 Grundgesetz (Asylrecht)..., damit unechte Asylanten nach kurzer Überprüfung schon an der Grenze zurückgeschickt werden können“ (Die Norddeutsche, 2. Oktober 1991). Der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, der SPD-Abgeordnete und Bürgermeister Bernrath, hat eingeräumt: „Auf Dauer werden wir an Änderungen von Rechtsvorschriften nicht vorbeikommen... Sind diese Schritte getan, und es tritt immer noch keine Besserung ein, dann muß man über eine Änderung der Verfassung nachdenken“ (Express, 1. Oktober 1991). Münchens SPD-Oberbürgermeister Kronawitter beurteilt die Lage lapidar: „Das Boot ist voll“ (ARD, Brennpunkt, 14. Oktober 1991).

Mannheims SPD-Oberbürgermeister Widder stellte fest, bei der Bewältigung des Asylbewerberzustroms würden die Städte „bereits an die Wand gepreßt“ (Süddeutsche Zeitung, 21. Oktober 1991). Widder sprach sich dafür aus, Asylbewerber aus Ländern, in denen keine politische Verfolgung herrscht, die Einreise in die Bundesrepublik schon an der Grenze zu verwehren. „Wer vor Ort die Dinge sieht..., der kann zu keiner anderen Bewertung kommen.“ Es sei nicht im Interesse der Betroffenen, Bewerber aus Staaten ohne politische Verfolgung ins

Land zu lassen, „wohl wissend, daß es im Grunde genommen aussichtslos ist...“ (Die Welt, 12. November 1990).

Der SPD-Abgeordnete und Bürgermeister Niggemeier beklagte, „daß es auf der ganzen Welt keinen Staat... gibt, der seine Verfassung in so demütiger und hilfloser Weise der internationalen Lächerlichkeit preisgibt, wie wir es tun. Da wird unsere Verfassung täglich tausendmal von Scheinasylanten vorgeführt, und wir bedanken uns artig dafür, indem wir Unterkunft und Sozialhilfe gewährleisten.“ Er werde deshalb im Bundestag „für alle Vorschläge stimmen, durch die ein Mißbrauch verhindert wird“ (Welt am Sonntag, 11. August 1991).

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Innenausschusses im Düsseldorfer Landtag, Egbert Reinhard, nannte die Weigerung der SPD-Führung, an einer Grundgesetzänderung mitzuwirken, schlicht einen „doktrinären Blödsinn“ (Stern, 9. Oktober 1991).

Engholm läßt die SPD auch in der Asylpolitik führungslos

Der SPD-Vorsitzende Engholm versucht erfolglos zu überspielen, daß die Position seines Präsidiums zur Asylpolitik von der eigenen Basis nicht getragen wird. Das Drunter und Drüber in seiner Partei — in den Kommunen für eine Grundgesetzänderung, in Bonn dagegen — bezeichnet er hilflos als „relativ (!) geschlossene Linie“ (Frankfurter Rundschau, 25. September 1991). Engholm räumt damit ein, daß die SPD tief gespalten ist. Auch in dieser Frage läßt er seine Partei führungslos.

Engholm läßt zu, daß die SPD mit unsehrigen Zahlenspielen die Notwendigkeit bestreitet, den Grundgesetz-Artikel 16 zu ergänzen. So behauptet beispielsweise die

baden-württembergische SPD in einer Anzeige, nur 16 000 der Asylbewerber des letzten Jahres seien aus Staaten gekommen, in denen es keine politische Verfolgung gibt. Richtig ist: Im Jahr 1990 kamen allein 76 175 Asylbewerber aus Polen, Ungarn, Bulgarien, der ČSFR, Rumänien und Jugoslawien, also aus Staaten, in denen es nach Feststellung des Auswärtigen Amtes „eine politische Verfolgung im Sinne unseres Asylgrundrechts nicht mehr gibt“. Darüber hinaus kamen Tausende von Asylbewerbern aus Staaten, aus denen kein einziger als asylberechtigt anerkannt wurde. Diese Zahlen belegen: Die von der Union befürwortete Grundgesetz-Ergänzung würde das derzeit praktizierte Asylverfahren in erheblichem Umfang entlasten.

Die Weigerung der SPD, an einer Ergänzung des Grundgesetz-Artikels 16 mitzuwirken, hat ihren Grund in einer taktischen Überlegung: Sie setzt — nicht nur in den Ländern — auf die Grünen als Mehrheitsbeschaffer. SPD-Bundesgeschäftsführer Blessing stellte bereits Überlegungen zur Bundestagswahl 1994 an: „Die Grünen haben gezeigt..., daß sie zu politisch verlässlichen Partnern gereift und erwachsen geworden sind. Hessen und Niedersachsen geben ein gutes Beispiel dafür“ (ddp, 23. Oktober 1991). Die Weigerung der SPD, den Artikel 16 des Grundgesetzes zu ergänzen, ist der Preis, den die SPD zahlen muß, um ihre Koalitionsmöglichkeit mit den Grünen in Bund und Ländern nicht zu gefährden.

Der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Farthmann hat dies bereits offen zugegeben: Die SPD könne nicht an einer Grundgesetzänderung mitwirken, denn „damit würden uns mindestens zwei Koalitionen kaputtgehen“ (Die Welt, 25. September 1991).

Um von ihrer Handlungsunfähigkeit und Lösungsunwilligkeit in der Asylproble-

matik abzulenken, führt die SPD eine gezielte Kampagne gegen deutsche Aussiedler und versucht, diese als das Hauptproblem darzustellen. Dabei verschweigt die SPD, daß die Aussiedlerzahlen inzwischen um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind, während die Asylbewerberzahlen weiter erheblich ansteigen. Während die SPD eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht ablehnt und damit den Zugang für Asylbewerber unbeschränkt offenhalten will, soll deutschen Aussiedlern durch eine Grundgesetzänderung der Zugang versperrt werden. Dies zeugt nicht nur von der Verantwortungslosigkeit der SPD gegenüber den Deutschen in den Aussiedlungsgebieten, sondern ist auch deswegen törricht, weil diese Diskussion bei den Betroffenen eine Torschlußpanik auslösen könnte.

Engholm hat keine Lösungen anzubieten

Die Vorschläge der SPD sind untauglich, den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern. Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit einer Quotenregelung bei einem unveränderten Artikel 16 Grundgesetz, wie sie der SPD-Vorsitzende Engholm erhoben hat (taz, 31. Juli 1991), übersieht, daß bei einer solchen Regelung alle Personen, die nicht unter das Einwanderungsgesetz fallen, sich auf Artikel 16 Grundgesetz berufen können. Zur Einwanderungsquote käme daher noch eine nicht bestimmbare Zahl von Asylbegehrenden hinzu. Engholm wurde auch in diesem Punkt von seiner eigenen Partei korrigiert: „Die Quote bringt überhaupt nichts!“ (SPD-Innenminister Schnoor, Die Welt, 6. August 1991).

Auch die von Engholm als „Durchbruch“ gefeierte geplante Einrichtung von Sammelunterkünften für Asylbewerber wirft ein bezeichnendes Licht auf die Glaub-

würdigkeit der SPD: Sammellager sind in der Vergangenheit von den unionsregierten Ländern Bayern und Baden-Württemberg längst erprobt worden — gegen den Widerstand der SPD. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor vertrat damals den Standpunkt: „Ich will das nicht, weil ich Ghettos vermeiden will. Sie würden die Bereitschaft der Städte verringern, sich als Standorte zu Verfügung zu stellen“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 7. Juni 1989).

Statt Asylbewerbern aus Ländern, in denen es keine Verfolgung gibt, überhaupt ein Aufenthaltsrecht einzuräumen und für sie ein oftmals lang dauerndes und im Ergebnis negatives Prüfverfahren in Gang zu setzen, wäre diesen Menschen mehr geholfen, wenn wir sie in ihrer Heimat gezielt unterstützen könnten. Die Bundesrepublik Deutschland wendet jährlich rund fünf Milliarden Mark auf für Asylverfahren und die Unterbringung von Asylbewerbern, von denen der größte Teil keine Zukunft in unserem Land haben kann. Es wäre menschlicher und wirkungsvoller, die für aussichtslose Verfahren aufgewandten Mittel künftig in den Herkunftsländern der Asylbewerber einzusetzen.

Aufgrund aller Erfahrungen in der Asylpolitik seit über zehn Jahren wissen wir, daß alle Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung, denen wir uns nicht verschließen, nicht ausreichen werden, wenn wir nicht durch eine Änderung des Grundgesetzes das Grundrecht auf Asyl auf die wirklich Verfolgten begrenzen. Die aus machttaktischen Überlegungen herrührende Verweigerungshaltung der SPD, an der notwendigen Änderung des Artikels 16 Grundgesetz mitzuwirken, höhlt dieses Grundrecht zunehmend aus und schadet damit vor allem denjenigen, die wirklich politisch, religiös oder rassistisch verfolgt sind.

Fachkongreß über die Kulturgemeinschaft Europa

Helmut Kohl sieht die Zukunft optimistisch – „weil ich Realist bin“

Man konnte eine Stecknadel fallen hören, als der polnische Senator und renommierte Autor Andrzej Szczynski seine in deutscher Sprache formulierten Thesen wie Pfeile ins Auditorium schoß. Szczynski äußerte während der Podiumsdiskussion des CDU-Fachkongresses in Frankfurt/Oder am 31. Oktober zum Thema „Kulturgemeinschaft Europa — Die Zukunft des Kontinents“ seine Skepsis über die Zukunft Europas. Er ging vom Zustand des polnischen Volkes aus, bei dem er geistige Verletzungen und verwaiste Gefühle konstatierte. Der Kommunismus als Staatsform sei zwar liquidiert, die kommunistische Denkart noch nicht.

Szczynski fragte nach der geistigen Schuld der gebildeten Schichten und meinte, es sei nicht möglich gewesen, ohne Unterstützung der Gesellschaft 40 Jahre diktatorisch zu regieren. Damit wolle er keiner neuen Hexenjagd das Wort reden, wohl aber sei es Zeit für eine intime private Abrechnung mit dem Gewissen. „Erst dann haben wir das Recht, über Europa zu sprechen.“

Szczynski stand mit seiner Zurückhaltung gegenüber der Zukunft Europas ziemlich allein unter den Teilnehmern des vom ORF-Intendanten Gerd Bacher moderierten Round-Table-Gesprächs im Frankfurter Hof. Vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl widersprach dem Pessimismus des polnischen Gastes, „weil ich Realist bin“. Es habe viele Befürchtungen und skeptische Betrachtungen in der jüngsten Geschichte Europas gegeben.

Sie alle hätten sich nicht bewahrheitet. Und wie sehe es heute aus? Helmut Kohl: „Der dritte Weltkrieg findet nicht statt. Was kann man mehr erwarten?“

Die Frage nach optimistischer oder pessimistischer Betrachtungsweise der Zukunft Europas war einer der Höhepunkte der Debatte im Frankfurter Hof und mehr als eine Angelegenheit unterschiedlicher Temperamente. An Helmut Kohls Beitrag wurde deutlich, daß politischer Gestaltungswille ohne Vision und Idee nicht auskommt.

Osteuropa braucht Hilfe

Generalsekretär Volker Rühle hatte zu Beginn des Kongresses vor „katastrophalen Entwicklungen“ in Osteuropa, von denen auch der Westen unmittelbar betroffen wäre, gewarnt. Es sei eine fatale Fehleinschätzung im Westen, wenn man glaube, sich in eine „Friedens- und Wohlstandsfestung“ zurückziehen zu können. Volker Rühle: „Wenn der Osten jetzt nicht vom Westen her stabilisiert wird, dann wird der Westen vom Osten her destabilisiert werden.“

Deutschland ist zu seinem Beitrag bereit. Aber, darauf wies Bundeskanzler Kohl hin, die wirtschaftliche Hilfe für den Aufbau in Osteuropa könne nur von allen Industriestaaten gemeinsam aufgebracht werden. Die Deutschen könnten diese Last nicht allein tragen. Es liege im gemeinsamen Interesse des gesamten Westens, die Reformstaaten auf ihrem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft aktiv zu unterstützen. ■

Beeindruckender Erfolg des Bundeskanzlers in Chile und Brasilien

Zum erfolgreichen Abschluß der Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Chile und Brasilien erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den beeindruckenden Erfolg und guten Abschluß der Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Chile und Brasilien.

Das persönliche Eintreten des Bundeskanzlers für die Probleme des südamerikanischen Kontinents ist ein wichtiges Signal an die Länder Lateinamerikas, daß die unionsgeführte Bundesregierung trotz der gewaltigen Herausforderungen durch den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel in Mittel- und Osteuropa ihre Partner auf der südlichen Halbkugel keineswegs vergißt.

Die Reise hat darüber hinaus deutlich gemacht, daß die Industrieländer des Nordens und die Länder des Südens eine gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Schöpfung tragen müssen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat deshalb bei seiner Reise auch klargestellt, daß die Bundesregierung nicht nur über ökologische Probleme redet, sondern auch zum Handeln bereit ist. Die Bemühungen um einen Erfolg der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni 1992 und der erhebliche Beitrag Deutschlands zum deutsch-brasilianischen Pilotprojekt zum Schutz der tropischen Regenwälder

unterstreichen eindrucksvoll diesen Willen.

Die Reise des Bundeskanzlers hat auch dazu beigetragen, Chile und Brasilien bei ihren Bemühungen zur Festigung der Demokratie zu unterstützen. Dies ist seit jeher ein besonderes Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind die entscheidenden Grundlagen für eine friedliche und menschenwürdige Zukunft auch für die Länder des Südens. Hierzu beizutragen, ist nicht nur ein Gebot christlich-demokratischer Solidarität.

Er stellt auch die politischen Beziehungen Deutschlands zu seinen Partnern auf eine neue Grundlage.

Kommentar

Ein Erfolg für Kohl

Eine Demonstration nannte Kohl seine Lateinamerika-Reise. Es war ein im Ganzen erfolgreiches Unterfangen.

Der Kanzler demonstrierte, daß das vereinte Deutschland die Dritte Welt nicht vergessen will. Er demonstrierte, daß dieses größere Deutschland sich für die Demokratie in Chile und Brasilien stark macht. Vor allem aber machte Kohl klar, daß er den Umweltschutz für ein zentrales Stück moderner Weltpolitik hält.

Für den Kanzler war dies aber auch eine umweltpolitische Bildungsreise, denn oft wird Hilfe als Einmischung empfunden: Der Gouverneur des brasilianischen Staates Amazonas will selbst bestimmen, was mit seinem Urwald geschieht. Andererseits geht es nicht ohne Einmischung, sollen die Hilfsgelder nicht in den Kanälen der Korruption versickern oder in sinnlosen Projekten verschleudert werden.

Brasilien Umweltminister hat — ein ungewöhnlicher Vorgang — sogar ausdrücklich

verlangt, daß die Gebernationen streng kontrollieren, was mit ihren Millionen geschieht.

Ungewöhnlich auch, daß der Regierungschef eines Entwicklungslandes den Umweltschutz so relativ ernst nimmt wie Brasiliens Präsident Collor. Das hat auch mit dem politischen Terminkalender zu tun. In Rio findet im kommenden Jahr die große Umweltkonferenz der UNO statt; kurz darauf in München der Wirtschaftsgipfel, dem Kohl eine kräftige ökologische Note geben will. Kohl und Collor stehen da unter gemeinsamem Erfolgsdruck.

Vor allem aber konnte der Kanzler in Brasilien lernen, wie eine Umweltpolitik in der Dritten Welt auszusehen hat. Sie kann eben nicht nur Umweltschutz sein. Der Gouverneur von Amazonas hat recht, wenn er sagt, seine Region dürfe nicht, damit der Urwald gerettet wird, zu einem Zoo der Armut und Unterentwicklung werden. Wer die Regenwälder und damit das Weltklima schützen will, muß den Menschen dort die Chance geben, sich wirtschaftlich zu entwickeln, ohne die Naturressourcen zu vernichten.

Zwischen unserer Weltwirtschaftsordnung und der ökologischen Zukunft des Planeten besteht ein enger Zusammenhang. Daß Kohl versucht, diese Erkenntnis in Politik umzusetzen, zeugt von einer Weitsicht, die den Regierungschefs mancher Partnerländer noch fehlt!

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Sieben Millionen Mark für Jugendeinrichtungen in den neuen Ländern

Für die Förderung von Jugendeinrichtungen in den neuen Bundesländern werden noch in diesem Jahr sieben Millionen Mark aus dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ bereitgestellt. Das kündigte Bundesjugendministerin Angela Merkel im Gespräch mit der Volksstimme Magdeburg an.

Im einzelnen sagte die Ministerin: Diese Initiative ist notwendig, weil bisher zu wenig Investitionsmittel für Einrichtungen der Jugendhilfe in den Kommunen bereitgestellt wurden.

Zahlreiche Jugendeinrichtungen aus früherer Zeit stehen nicht mehr zur Verfügung oder wurden kommerzialisiert. Andere sind stark renovierungsbedürftig und müssen neuen Jugendhilfekonzepten entsprechend ausgestattet werden. So brauchen wir vor allem Orte für die Arbeit mit solchen Jugendlichen, die besonders gefährdet sind, in die bestehende Gewaltszene abzugleiten oder die bereits dazu gehören.

Gefördert werden ausschließlich Einrichtungen, deren Eigentumsverhältnisse geklärt sind und deren Nutzung für Zwecke der Jugendhilfe sichergestellt ist.

Junge Union lobt Kohls klare Worte in Chile

Die Junge Union Deutschlands hat den Auftritt des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor den Abgeordneten der beiden Parlamentskammern in Chile als „notwendig und richtig“ bezeichnet. Wie der Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Axel Wallrabenstein, betonte, habe Kohl wieder einmal mehr bewiesen, daß er zu Menschenrechtsverletzungen nicht schweige, sondern Ungerechtigkeiten beim Namen nenne.

EKD-Denkschrift – Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zum Thema „Gemeinwohl und Eigennutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ begrüßt und als ein klares Bekenntnis zur demokratischen Ordnung und zur Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet.

Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU: Die Absage an sozialistische Utopien ist eindeutig. Die Verfasser der Denkschrift sehen das „Gemeinwohl und den Schutz der Schwachen“ am ehesten in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft gewährleistet.

Ein zentrales Anliegen der Denkschrift ist der verantwortliche Umgang mit der Schöpfung. In der Forderung, den Schutz der natürlichen Grundlagen als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, ist sich die Union mit der Evangelischen Kirche einig. Die Begrenztheit der weltweiten Ressourcen zwingt uns, unser Verhalten zu überdenken. Die Notwendigkeit einer

Verhaltensänderung des einzelnen entläßt die Politik nicht aus ihrer Verpflichtung für eine humane und ökologische Zukunftsgestaltung.

Nachdrücklich setzt sich die Denkschrift für eine stärkere Unterstützung der Länder der Dritten Welt ein. Angesichts der schwierigen und bedeutsamen Aufgaben, die wir gegenwärtig im wiedervereinten Deutschland zu bewältigen haben, müssen wir die Mahnung ernst nehmen und dürfen die Fragen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht verdrängen. Viele, die die friedliche Revolution in der DDR mitgetragen haben, waren aufgrund ihrer kirchlich-ökumenischen Arbeit an den Problemen der Entwicklungsländer besonders interessiert. Dieses Engagement müssen wir gemeinsam fortführen. Bedauerlich bleibt, daß die Denkschrift noch nicht Ausdruck gemeinsamen Ost-West-Denkens der EKD ist. Die im Anhang dokumentierte Situationsbeschreibung des ehemaligen Bundes der Evangelischen Kirchen macht deutlich, daß auch innerkirchlich für das „Erfolgsmodell“ der Sozialen Marktwirtschaft noch zu werben bleibt.

„Die neue Rente“ in den neuen Ländern

Was Sie zum Thema Rente ab 1. Januar 1992 wissen müssen, finden Sie in der Broschüre „Die neue Rente“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung erläutert. Zum Beispiel die neuen Altersgrenzen, die Witwenrenten oder die Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. Oder wie die Renten von heute auf das neue Rentenrecht umgestellt werden.

Seit Mitte Oktober bis Mitte November wird die Broschüre an alle Haushalte in den neuen Bundesländern verteilt. Achten Sie also in den nächsten Wochen unbedingt auf Ihren Briefkasten.

Die familienpolitische Bilanz der Regierung Helmut Kohl

von 1982 bis 1992

Die Familie gibt den Menschen Halt und Orientierung. Gerade in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen gewinnt sie als Quelle menschlicher Wärme und Geborgenheit an Bedeutung. Sie ist der wichtigste Ort für die persönliche Entwicklung und für die Vermittlung von Werten.

Die Regierung Helmut Kohl hat in den zurückliegenden Jahren eine grundlegende Neuorientierung in der Familienpolitik erreicht. Unter Verantwortung der SPD wurden Familien und Frauen benachteiligt und drohten zunehmend ins gesellschaftliche und soziale Abseits zu geraten. Die CDU hat die Politik für Familien wieder in den Mittelpunkt gerückt und die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen.

Unser Ziel ist es, daß Eltern ihre Kinder ohne wesentliche berufliche und finanzielle Nachteile großziehen können. Ein Vergleich der eingesetzten Haushaltsmittel macht deutlich, welche erheblichen Fortschritte erzielt wurden: Im Jahr 1982 hatte die SPD-Regierung für die Familienpolitik im Bundeshaushalt insgesamt 23 Milliarden Mark ausgewiesen; im Haushalt 1992 sind es mehr als doppelt so viel, nämlich 47 Milliarden Mark.

Mit ihrer Familienpolitik trägt die Bundesregierung dazu bei,

- daß Menschen sich leichter für die Familie und das Leben mit Kindern entscheiden können,

- daß Familien gesellschaftlich anerkannt und wirtschaftlich gefördert werden und daß Kinder sich persönlich und sozial gut entwickeln können.

Familienpolitik ist mehr als das, was der Staat mit Geld, Gesetzen und Behörden-tätigkeit für die Familien leisten kann. Auch unter günstigsten Voraussetzungen wird es nie möglich sein, Müttern und Vätern das zu ersetzen, was sie an Verantwortung und Verzicht, an Pflichten und Lasten für ihre Kinder und damit auch für unsere Gesellschaft insgesamt auf sich nehmen.

Die wichtigsten familienpolitischen Leistungen

1 Die CDU-geführte Bundesregierung hat den **dualen Familienlastenausgleich** wieder eingeführt und schrittweise deutlich verbessert. Durch **Kinderfreibeträge im Steuerrecht** und durch das **Kindergeld** wird den Erfordernissen einer leistungsgerechten Besteuerung und der Bedarfsgerechtigkeit Rechnung getragen. Wer die Steuervorteile nicht voll nutzen kann, erhält einen Kindergeldzuschlag.

Durch das Steueränderungsgesetz 1992 wird zum 1. Januar 1992 das Kindergeld für das erste Kind von 50 auf 70 Mark und der steuerliche Kinderfreibetrag auf 4 104 Mark angehoben. Diese Maßnahmen allein bedeuten für die Familien 1992 insgesamt rund 5,6 Milliarden Mark

und 1993 sogar rund 6,2 Milliarden Mark mehr Einkommen.

2 Die Familienpolitik der CDU steht für Partnerschaft, Wahlfreiheit und Gleichberechtigung. Junge Mütter und Väter wollen Familie und Beruf besser miteinander in Einklang bringen können. Sie wünschen insbesondere, sich in der ersten Lebensphase intensiv um ihr Kind kümmern zu können. Das ist ihnen durch das 1986 eingeführte **Erziehungsgeld**, durch den **Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie** und durch die **Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht** erleichtert worden. Nicht von ungefähr nehmen 97 Prozent der Berechtigten das Erziehungsgeld in Anspruch.

Beim Erziehungsurlaub und bei der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht werden wir ab 1. Januar 1992 unser Ziel erreicht haben, diese Leistungen für die gesamte Zeit der ersten drei Lebensjahre des Kindes gewähren zu können. Mütter und Väter können wahlweise Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Das Erziehungsgeld des Bundes wird ab 1993 volle zwei Jahre gezahlt. Mütter und Väter erhalten dadurch jährlich zusätzlich rund 2,7 Milliarden Mark.

3 Die CDU tritt für einen umfassenden und wirksamen **Schutz des ungeborenen Kindes** ein. Unser oberstes Ziel ist, das ungeborene Kind besser zu schützen und alles zu tun, damit die hohe Zahl der Abtreibungen zurückgeht. Dies kann vor allem durch verbesserte soziale Maßnahmen erreicht werden. Keine Frau soll allein deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine Notlage geraten und deshalb in Erwägung ziehen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat wichtige Schritte zur Hilfe für Frauen in Notlagen unternommen: Neben den bereits genannten Maßnahmen des Fami-

lienlastenausgleichs und des Erziehungsgeldes ist hier vor allem die **Stiftung „Mutter und Kind“** zu nennen.

Der von der CDU/CSU-Fraktion im September 1991 eingebrachte Entwurf zum Schutz des ungeborenen Lebens enthält insbesondere mit dem Beratungsgesetz, dem Familiengeld von 1 000 DM und besonderen Leistungen bei der Sozialhilfe weitere Verbesserungen.

Soziale Rahmenbedingungen allein reichen zum Schutz des ungeborenen Kindes nicht aus. Auch die Rechtsordnung muß Leben und Würde der Ungeborenen unter ihren Schutz stellen. Deshalb hält die Union am Grundsatz der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen fest. Das Strafrecht kann aber nicht im Mittelpunkt der Regelungen stehen; es ist — wie es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts heißt — ein „letztes Mittel“.

4 Für **Alleinerziehende** ist es besonders schwierig, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Viele von ihnen lösen diese Aufgabe mit hohem Einsatz und großem Erfolg. Alleinerziehende haben Anspruch auf **alle familienpolitischen Leistungen**. Doch brauchen sie besondere Unterstützung, die auf ihre Lebenslage zugeschnitten ist.

Die Regierung Helmut Kohl hat auch hier gehandelt. So wurde der **Haushaltsfreibetrag** für Alleinerziehende mehrmals heraufgesetzt und 1990 auf 5 616 DM erhöht. Auch werden seit 1985 **Kinderbetreuungskosten** steuerlich berücksichtigt. Außerdem wird die Lage der Alleinerziehenden in der **Sozialhilfe** besonders berücksichtigt und das Erziehungsgeld bei der Ermittlung des Sozialhilfe-Anspruchs nicht angerechnet.

Das Recht auf **Kinderbetreuungseinrichtungen** muß in ganz Deutschland verwirklicht werden. Dies ist besonders wichtig

für Alleinerziehende. Die Bundesregierung wird bei den dafür zuständigen Ländern weiterhin auf die Bereitstellung eines ausreichenden Angebots drängen.

Ab 1. Januar 1993 wird auf Initiative der Bundesregierung die finanzielle Sicherheit für Alleinerziehende durch die Leistungen beim **Unterhaltsvorschußgesetz** weiter verbessert und der Sonderurlaub **zur Pflege kranker Kinder** verdoppelt.

5 Familien in besonderen Belastungssituationen benötigen wirksame Hilfen.

Auch wenn es für viele Familien selbstverständlich ist, ihre schwerpflegebedürftigen Angehörigen zu Hause selbst zu versorgen, so muß dieser selbstlose Einsatz vom Staat doch unterstützt werden.

Die Regierung Helmut Kohl hat auch hier Defizite beseitigt: Die Maßnahmen zur Unterstützung der **häuslichen Pflege** im Rahmen der Strukturreform des Gesundheitswesens sind ein großer sozialer Fortschritt. Darüber hinaus wird seit 1990 für diejenigen, die **Schwerpflegebedürftige** zu Hause betreuen, ein steuerlicher Pauschalabzug von 1 800 Mark gewährt. Für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe und bei Heimunterbringung gilt ebenfalls ein steuerlicher Pauschalbetrag in gleicher Höhe.

Eine gute **Ausbildung** ist der Grundstein für beruflichen Erfolg und der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb werden Familien mit Kindern in der Ausbildung durch **Ausbildungsfreibeträge** zusätzlich entlastet. Das **BAföG** hilft, wenn sonst eine der Eignung, Neigung und Leistung entsprechende Ausbildung nicht finanziert werden kann. Auch hier sind wiederholt Leistungsverbesserungen in Kraft getreten, die besonders familienfreundliche Regelungen beinhalten.

6 Zu einer menschlicheren Umwelt für unsere Familien gehört vor allem auch **familiengerechtes Wohnen**.

Das **Wohngeld** hilft kinderreichen Haushalten, die Kosten für angemessenen Wohnraum zu tragen. Es hängt ab vom Familieneinkommen und von der Zahl der zum Haushalt zu rechnenden Familienmitglieder.

Im Zuge der Neuregelung der steuerlichen Wohnungsbauförderung wird seit 1987 das **Baukindergeld** auch schon für das erste Kind gewährt; es wurde für alle Bauanträge, die nach dem 1. Januar 1991 gestellt wurden, auf 1 000 Mark erhöht. Im Rahmen des wohnungspolitischen Konzepts der Bundesregierung wird diese familienpolitisch wichtige Zusatzförderung jetzt durch die Möglichkeit des steuerlichen Vor- und Rücktrags weiter verbessert.

Für die neuen Länder

7 Besondere Bedeutung erhält die **Familienpolitik in den neuen Bundesländern**. Unsere familienpolitischen Leistungen werden seit der Wiedervereinigung auch in den fünf neuen Bundesländern wirksam.

Im sozialistisch-kommunistischen System der DDR hatte der Staat den Familien die Verantwortung für ihre Lebensplanung weitgehend entzogen. Unsere Familienpolitik ist hingegen darauf ausgerichtet, Voraussetzungen für eigenverantwortliches Handeln zu schaffen. Deshalb unterstützt die CDU-geführte Bundesregierung in den neuen Ländern den Aufbau einer wirksamen Familienverbandsarbeit.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung gezielte Fördermaßnahmen beschlossen, die spezifische Defizite beseitigen. Dazu gehören insbesondere der **Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not** sowie die Übergangsregelung **Mutterunterstützung für bis zum 31. Dezember 1990 geborene Kinder**.

Hermann-Josef Arentz:

Das sozialpolitische Profil der CDU weiter schärfen

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik hat auf seiner konstituierenden Sitzung im September den sozialpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Hermann-Josef Arentz, wieder zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden der thüringische CDU-Landtagsabgeordnete und Sozialexperte, Frank-Michael Pietzsch, und die Brandenburgerin Sylvia Welzig gewählt, die eine Schule für geistig Behinderte leitet.

Nach Abschluß der Sitzung erklärte Hermann-Josef Arentz: Der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ hat ein Arbeitsprogramm beschlossen, das dazu beiträgt, das sozialpolitische Profil der CDU weiter zu schärfen. Das Arbeitsprogramm umfaßt folgende fünf Schwerpunktthemen:

Pflege

Ausgehend von dem Tendenzbeschuß des CDU-Bundesvorstandes wird der Bundesfachausschuß konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung der Pflegegesetzgebung erarbeiten. Dabei sind für den Bundesfachausschuß insbesondere die Leistungen der Pflegeversicherung, die materielle und ideelle Aufwertung der Pflegeberufe, der Aufbau der notwendigen Pflege-Infrastruktur und die soziale Absicherung der häuslich Pflegenden von zentraler Bedeutung.

Geplant ist u. a. eine Anhörung von Sach-

verständigen aus Verbänden und Praktikern der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Pflegearbeit.

Umbau des Sozialstaates

Der Sozialstaat ist nur dauerhaft zu sichern, wenn er nicht als Fortschreibung aller bisherigen Maßnahmen auf immer höherem Niveau mißverstanden wird. Deshalb hat die CDU mit einer Politik der sozialstaatlichen Umgestaltung begonnen. Ihr Ziel ist die Festigung des Sozialstaates, die Sicherung seiner Finanzierung, ein vernünftiger Einsatz der sozialen Leistungen und die Vorbereitung auf die kommenden, schon heute insbesondere durch die Demographie absehbaren Herausforderungen. Unsere Reformen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sind Marksteine auf diesem Weg eines zukunftsorientierten Umbaus unserer sozialen Sicherungssysteme.

Aber der Umbau des Sozialstaates darf sich nicht nur auf die sozialen Sicherungssysteme beschränken. Vielmehr muß die CDU als die Partei der großen sozialen Reformen auch Antworten auf die Fragen des menschlichen Zusammenlebens geben. Stichworte wie

- die zunehmende Vereinsamung in unserem Industriestaat;
 - neue Kultur des Helfens;
 - neue Wege in ehrenamtlichem Engagement;
- stehen dabei im Mittelpunkt.

Soziale Einheit

Nach der staatlichen die soziale Einheit Deutschlands zu schaffen, ist eine zentrale Aufgabe der 90er Jahre für die Union. Dabei sind die berechtigten Anliegen, Erfahrungen, Einstellungen und Gefühle der Ostdeutschen ebenso wichtig wie die der Westdeutschen.

Getragen von dieser Grundüberzeugung, wird der Bundesfachausschuß die sozialpolitischen Überleitungsgesetze fachlich begleiten und Lösungsvorschläge insbesondere zu den Fragen des Auf- und Ausbaus der sozialpolitischen Infrastruktur, der Arbeitsmarktpolitik und der Angleichung der Lebensverhältnisse erarbeiten.

Soziales Europa

Es sind noch knapp 13 Monate bis zur Vollendung des Europäischen Binnen-

marktes. Die Sozialpolitik muß das Vorhaben Binnenmarkt aktiv mitgestalten. Die Sozialunion wird ein Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses sein. Dabei stehen die Fragen der sozialen Sicherungssysteme in Europa, des Leistungsexportes, der Sicherung der Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte in Europa im Mittelpunkt.

Investivlohn

Ein zentrales Element christlich-sozialer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik muß nach Auffassung des Bundesfachausschusses eine weitere Offensive für die flächendeckende Einführung des Investivlohnes sein. Dazu sind die vorhandenen Instrumente zur Förderung der Vermögenspolitik in Arbeitnehmerhand auszubauen.

Aus dem Angebot der KAS

„Paris und Warschau. Vergessen Sie mir Warschau nicht!“ So Konrad Adenauer in seinen letzten Lebenstagen.

Diesem Appell folgt die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer neuen Veranstaltungsreihe.

Veranstaltung Nr. 314

Deutsch-polnische Kulturbeziehungen — Geschichte, Situation, Perspektiven. Erstes deutsch-polnisches Forum in Schloß Eichholz, 22. bis 24. November '91

Hauptthemen:

- Deutschland und Polen — Zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen
- „Furcht, Neid und Respekt“ — Meinungsbilder übereinander und Folgen

- „Achtung und Verbundenheit“ — Kulturelle Beziehungen in der Praxis
- Die deutsch-polnischen Verträge des Jahres 1991 — Zustandekommen und Folgen.

Ihre Mitwirkung haben zugesagt:

Dr. Hans Henning Hahn (Köln/Göttingen), Dr. Karl Dedecius (Darmstadt), Prof. Dr. Josef Joachim Menzel (Mainz), Jürgen Vietig (Deutschlandfunk) und Alfred Gomolka, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Beauftragter der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
Postfach 1331, W-5047 Wesseling**

Ottfried Hennig: Unser Wahlkampf wird informativ und spannend

Der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl am 5. April 1992 ließ keinen Zweifel offen: „Wir wollen die stärkste Partei unseres Bundeslandes werden“, rief Landesvorsitzender Ottfried Hennig am 2. November den Parteitage delegierten in Eckernförde zu. Die CDU werde zeigen, daß sie die bessere Regierungspartei für Schleswig-Holstein ist. Vier Jahre Engholm-Regierung zeigten jedem: „Die SPD Schleswig-Holsteins ist unfähig, dieses Land gut und erfolgreich zu regieren.“ Die Regierungszeit der SPD stehe unter dem Motto: „Versprochen und nicht gehalten.“

Unter dem stürmischen Beifall der Delegierten forderte Landesvorsitzender Ottfried Hennig den SPD-Spitzenkandidaten Engholm zum direkten Vergleich in Fernsehdiskussionen und bei öffentlichen Veranstaltungen heraus. Die CDU wolle eine hohe Wahlbeteiligung erreichen, und deshalb komme es darauf an, den Wahlkampf spannend und informativ zu machen. Er sei gespannt, sagte Hennig, ob sich Engholm dem direkten Vergleich stelle oder ob er kneife.

Die CDU werde den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein deutlich machen, daß sich hinter dem Aushängeschild Engholm der linke Landesverband der SPD verberge. Der Wahlkampfprogrammwurf der SPD grenze schon fast an Selbstverleugung des von Jochen Steffen geprägten Landesverbandes. SPD-Gliederungen selbst vermißten in dem Programm-Entwurf jede Perspektive für die kommende Legislaturperiode, und der gerade neugewählte Landesvorsitzende der Jungsozialisten bezeichne ihn

als „Sammelkiste von Stichworten für Erledigtes und Unerledigtes“. Die SPD verschweige ihre wirklichen Absichten bis nach der Wahl, und das „grenzt an Wählerbetrug“.

Der CDU-Programmwurf, der bewußt den Titel „Regierungsprogramm — Schleswig-Holstein 2000 gestalten“ trägt, ist dagegen auch nach Ansicht von Journalisten außerordentlich konkret und sachbezogen. Er macht in den Schwer-

Am 5. April 1992 wird in Schleswig-Holstein gewählt. Die CDU ist darauf gut vorbereitet.

punktfeldern der Landespolitik, Umweltschutz, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik sowie der Sozialpolitik, keine leeren Versprechungen, sondern konkrete Sachausagen.

Dazu zählt der CDU-Spitzenkandidat Ottfried Hennig eine feste Elbquerung westlich von Hamburg und deren Anbindung an einen nördlichen Hamburger Autobahnring, die Wiederherstellung von Verlässlichkeit und Solidarität in der Wirtschaftspolitik, eine Umweltpolitik, die sich in den Dienst der Natur und der Menschen stellt, eine Stärkung und Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems, die Förderung neuer Kindertagesstättenplätze und die Einführung eines Landeserziehungsgeldes für das dritte Jahr des Erziehungsurlaubs.

Ottfried Hennig machte auf die Diskrepanz in der Engholmschen Politik aufmerksam. So erklärte der SPD-Bundesvorsitzende vor 800 Unternehmerinnen

und Unternehmern in Kiel, es gebe kein Nord-Süd-Gefälle zwischen den Bundesländern mehr, um wenige Tage später vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eben dieses Nord-Süd-Gefälle zu beklagen. „Was ist denn nun wahr, Herr Engholm?“, fragte Hennig. „Gibt es kein Nord-Süd-Gefälle mehr, oder stimmt die peinliche Bettler-Oper vor dem Bundesverfassungsgericht?“ Wahr sei jedenfalls, daß die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie und daß zugleich die Bundesmittel für Schleswig-Holstein mit 2,36 Milliarden DM in 1991 einen neuen Rekord erreichen.

Schleswig-Holsteins Haushaltseckwerte hätten dagegen einen negativen Trend: Die Investitionsquote falle auf ihren niedrigsten Stand, die Nettoneuverschuldung liegt bei über einer Milliarde DM. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung hat die SPD in Schleswig-Holstein 3,3 Milliarden DM zusätzliche Schulden angehäuft.

SPD ohne Kompetenz

Jetzt müßten Entscheidungen getroffen werden, sagte Hennig weiter, um den Standort Schleswig-Holstein für die Zukunft zu sichern. Deshalb schlage er die Bildung einer Standortkommission vor, in der u. a. mit Gewerkschaften und Unternehmern, Hochschulen und kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Technologiezentren nach objektiven Kriterien erarbeitet werde, was zur Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein sofort in die Wege geleitet werden müsse. Der SPD fehle die Kompetenz für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, und Engholm sei nur der Kostgänger der erfolgreichen Politik unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die CDU rufe zu konkretem Handeln auf und bekenne sich dazu, Schleswig-Hol-

stein gestalten zu wollen. Die CDU werde Schleswig-Holstein zur Brücke nach Norden und zur Drehscheibe nach Osten machen. Dazu bedürfe es einer Regierung, in der der Ministerpräsident nicht wie der SPD-Bundesvorsitzende nur moderiere, taktiere, toleriere und laviere. Engholm stehe für prinzipielle Unklarheit in den wichtigsten Sachfragen wie Asyl, Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr, Mehrwertsteuer, öffentliches Dienstrecht, Agrarpolitik, Sozialstaatsangebot und Energiepolitik.

Gut gestylt, aber belanglos

Niemand könne einen völlig albernen Satz wie den, daß „die Ostsee das Mittelmeer des Nordens werden“ solle, überhaupt in den Mund nehmen. Niemand sonst könne ein ganzes Buch mit Allgemeinplätzen unter dem anspruchsvollen Titel „Vom öffentlichen Gebrauch der Vernunft“ veröffentlichen. Alles sei sehr gut gestylt, aber letztlich belanglos.

Eine so geführte Regierung könne sich Schleswig-Holstein in einer Zeit schwerwiegendster Richtungsentscheidungen im ganzen Europa nicht leisten. Mit der Verabschiedung des Programmwerfs sind in Schleswig-Holstein die Weichen für einen erfolgreichen Wahlkampf gestellt. Unter dem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Ottfried Hennig hat die Union als erste Partei im nördlichsten Bundesland ihre Direktkandidatinnen und Direktkandidaten gewählt. Sie hat bereits am 1. Juni die Landesliste aufgestellt und ihren Spitzenkandidaten gekürt und liegt nun auch mit der Verabschiedung des von einer Programmkommission unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben geschriebenen Regierungsentwurfs für die Landtagswahl deutlich vor den anderen großen Parteien. ■

44. Landesparteitag in Saarlouis

Überwältigendes Wahlergebnis für Klaus Töpfer

Bundesumweltminister Klaus Töpfer ist von den Delegierten der saarländischen CDU als Landesvorsitzender klar bestätigt worden. Auf dem 44. Landesparteitag am 26. Oktober in Saarlouis erhielt Töpfer 441 von 453 abgegebenen Stimmen bei den Vorstandsneuwahlen.

Mit diesem überragenden Ergebnis von 92 Prozent übertraf Minister Töpfer um einige Prozentpunkte das Vorjahresergebnis. Damals war Töpfer mit 385 von 415 Stimmen gewählt worden.

Zu Stellvertretern Töpfers wurden in Saarlouis der Vorsitzende der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag Peter Jacoby (40) und die Studienrätin Gabi Rauber (37) gewählt, die im Kreisverband St. Wendel Vorsitzende der Frauen-Union ist.

Auch bei der Wahl der Referenten und Beisitzer wurde die beim Parteitag im Mai '91 beschlossene personelle Erneuerung und Verjüngung fortgesetzt.

Angesichts der bestehenden Armutswanderung plädierte Töpfer dafür, mehr Hilfe für Osteuropa und die Dritte Welt zu leisten. Eine glaubwürdige Flüchtlingspolitik müsse an den Ursachen ansetzen.

Töpfer hob hervor, eine Klarstellung des Artikels 16 im Sinne von Bundesinnenminister Schäuble müsse frei sein von den Verdächtigungen, die CDU wolle nur „unsere Wohlstandsinsel schützen“.

Der Minister warnte vor einer Verschärfung des Tons in der Debatte um das Asylrecht, wie er in Kreisen der SPD zu vernehmen sei, und regte eine Gemeinschaftsinitiative aller Parteien gegen Ausländerfeindlichkeit an.

In seiner Rede forderte der Landesvorsitzende eine Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfe für die ärmeren Länder. Töpfer betonte, ohne wirksames Teilen des Wohlstandes sei es pharisäerhaft, von Wirtschaftsflüchtlingsen zu sprechen.

Scharfe Kritik an Lafontaine

Mit Blick auf den Bergbau sieht Töpfer die Einhaltung des Jahrhundertvertrages ohne Abstriche als gesichert an. Zugleich nannte er das jüngste Kompromißangebot von Möllemann eine gute Grundlage, eine verlässliche Abschlußregelung zu finden und die Grubenstandorte an der Saar zu erhalten, wie es das von den Saarbergwerken vorgelegte Optimierungskonzept ebenfalls vorsieht.

Scharf ins Gericht mit der Wirtschaftspolitik der Landesregierung ging CDU-Fraktionschef Jacoby. „Wo sind die neuen Arbeitsplätze im Saarland?“, fragte er und fügte in Anspielung auf den Regierungschef hinzu: „Weder Vergnügungsreisen in alle Welt noch Small-talk-Veranstaltungen ersetzen die notwendige harte Arbeit im Saarland.“ Die Zeichen für das finanzschwache Land stünden „auf Sturm“.

Studenten helfen Kroatien

Seit mehreren Monaten herrscht in Jugoslawien Bürgerkrieg. Die kroatischen Verteidiger stehen einer Übermacht der serbischen Tschetniks und der jugoslawischen Volksarmee gegenüber. Täglich müssen Menschen ihr Leben in diesem blutigen Krieg lassen.

In den Feldlazaretten und Krankenhäusern in Kroatien fehlt vielfach die medizinische Grundausstattung, um die große Anzahl von Verwundeten zu versorgen. Neben Antibiotika und Betäubungsmitteln werden vor allem Verbandmaterialien, Infusionssysteme, Skalpelle, Einwegspritzen, medizinisches Gerät, Decken, Operationsmaterialien und Blutplasma benötigt.

Der RCDS bemüht sich daher, in Zusammenarbeit mit der Katholisch-Kroatischen Mission und dem Medikamentenhilfswerk „Action Medeor“ medizinische Hilfstransporte für Kroatien zu organisieren. Ein erster Lkw mit 3 Tonnen Medikamenten ist bereits am 18. September 1991 nach Zagreb gestartet.

Mit der Organisation dieser Transporte folgt der RCDS einer Bitte des

Erzbischofs von Zagreb, Kardinal Franjo Kuharic, der gegenüber einer RCDS-Delegation vor wenigen Wochen in Zagreb dringend um humanitäre Hilfe gebeten hatte.

Der RCDS bittet um Ihre Unterstützung für die Aktion „Studenten helfen Kroatien“. Für Spenden hat der RCDS folgendes Sonderkonto eingerichtet:

**Ring Christlich-Demokratischer
Studenten
BSW e. V.
Stichwort:**

**„Studenten helfen Kroatien“
Volksbank Bonn
Kto.-Nr. 100 37 0034
BLZ 380 601 86**

Für Sachspenden setzen Sie sich bitte mit der RCDS-Bundesgeschäftsstelle, Friesdorfer Str. 149, 5300 Bonn 2, Tel. (02 28) 31 10 59, in Verbindung. Mit Ihrer Spende sollen Medikamente für Kroatien gekauft werden. Die Verteilung der Hilfsgüter vor Ort erfolgt durch die katholische Kirche Kroatiens. Der RCDS ist bereit, Spendenquittungen über eingegangene Spenden auszustellen.

Ostdeutsche Unternehmer optimistisch

In den neuen Bundesländern mehren sich nach Darstellung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) die Anzeichen, die auf eine spürbare Belebung der Wirtschaftstätigkeit hindeuten. Laut DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser bezeichneten rund 70 Prozent der befragten ostdeutschen Unternehmen ihre derzeitige wirtschaftliche Situation zumindest als befriedigend, 21 Prozent sogar als gut.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Glücksrad: Bestellungen bis 22. November



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Die Auslieferung erfolgt im Januar 1992. Bestellungen bitte schriftlich bis zum 22. 11. 1991 an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, oder per Fax: (02 28) 544-372.

UID

34/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.